



An den Grossen Rat

21.5288.02

FD/P215288

Basel, 16. Juni 2021

Regierungsratsbeschluss vom 15. Juni 2021

## Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Basler Kantonalbank und deren Untersuchungen betreffend Verbrecher

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Eric Weber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

Ich lese in der Welt am Sonntag, Ausgabe vom 14. Februar 2021, die Titel-Geschichte:

«Ermittlungen wegen Betrugs bei Corona-Hilfen in 25'400 Fällen»

Das Ausmass des Betrugs bei den Corona-Soforthilfen für Selbständige und Kleinunternehmer ist weitaus grösser als bislang angenommen. Den 16 Landeskriminal-ämtern (LKA) sowie der beim Zoll angesiedelten Financial Intelligence Unit liegen rund 25'400 Verdachtsfälle vor. Das hat eine Umfrage der Welt am Sonntag ergeben. Aufgeführt sind Ermittlungsverfahren oder in Bearbeitung befindliche Anzeigen, die meist von Banken erstattet wurden, weil sie auf Konten ungewöhnliche Geldeingänge festgestellt haben.

1. Wie arbeitet die Basler Kantonalbank konkret? Was passiert bei unserer Kantonalbank, wenn diese sieht, dass ungewöhnliche Geldeingänge festgestellt werden?
2. Wie viele ungewöhnliche Geldeingänge hat die Kantonalbank Basel in den letzten fünf bis zehn Jahren festgestellt?
3. Wie viele Anzeigen hat die Kantonalbank gestellt?
4. Wenn keine Anzeigen gestellt wurden, warum ist dies so der Fall? Denn wegen Corona-Betrug wurden allein in NRW rund 4619 Anzeigen erstellt, in Berlin 2600, in Bayern sind es 1500 und in Hessen 1400. Rechnet man das anhand der Bevölkerung auf Basel runter, müssten allein in Basel rund 50 bis 100 Anzeigen wegen Corona-Betrüger gestellt worden sein.
5. Wie viele Anzeigen hat die Basler Staatsanwaltschaft wegen Corona-Betrug? Gibt es schon erste Verurteilungen?
6. Vor allem in Berlin wird zudem ermittelt, in welchem Ausmass Extremisten auf Basis falscher Angaben ungerechtfertigt Soforthilfen erhalten haben. Laut Staatsanwaltschaft wurden mehr als 50 Verfahren gegen Islamisten und Moscheevereine eingeleitet. „Hier sind Anklagen zu erwarten“, heisst es von der Behörde. Gibt es auch in Basel Hinweise, dass Islamisten und Moscheevereine Geld bezogen haben, dass ihnen gar nicht zusteht?

Eric Weber

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. *Wie arbeitet die Basler Kantonalbank konkret? Was passiert bei unserer Kantonalbank, wenn diese sieht, dass ungewöhnliche Geldeingänge festgestellt werden?*

Das Vorgehen richtet sich nach den Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1997 (StGB, SR 311.0) sowie dem Bundesgesetz über die Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung vom 10. Oktober 1997 (Geldwäschereigesetz, GwG, SR 955.0).

2. *Wie viele ungewöhnliche Geldeingänge hat die Kantonalbank Basel in den letzten fünf bis zehn Jahren festgestellt?*

Die Basler Kantonalbank hat ein systemunterstütztes Regelwerk zur Überwachung von Zahlungen implementiert – dies umfasst sowohl Geldeingänge als auch Geldausgänge. Jährlich werden Abklärungen zu mehreren tausend Zahlungen getroffen.

3. *Wie viele Anzeigen hat die Kantonalbank gestellt?*

Gemäss Art. 9 GwG beziehungsweise Art. 305ter Abs. 2 StGB hat die Basler Kantonalbank Verdachtsfälle an die Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) zu melden.

4. *Wie viele Anzeigen hat die Kantonalbank gestellt?*

Die Anzahl der durch die Banken eingereichten Verdachtsmeldungen kann dem Jahresbericht der Meldestelle für Geldwäscherei entnommen werden. Die Anzahl Meldungen pro Bank wird nicht veröffentlicht.

5. *Wenn keine Anzeigen gestellt wurden, warum ist dies so der Fall? Denn wegen Corona-Betrug wurden allein in NRW rund 4619 Anzeigen erstellt, in Berlin 2600, in Bayern sind es 1500 und in Hessen 1400. Rechnet man das anhand der Bevölkerung auf Basel runter, müssten allein in Basel rund 50 bis 100 Anzeigen wegen Corona-Betrüger gestellt worden sein.*

Siehe oben Antwort zu Ziffer 1 – 4.

6. *Wie viele Anzeigen hat die Basler Staatsanwaltschaft wegen Corona-Betrug? Gibt es schon erste Verurteilungen?*

Bislang führte die Staatsanwaltschaft rund 50 Fälle, wobei weiterhin Anzeigen erstattet werden. Neben einigen Strafbefehlen sowie Einstellungen und Abtretungen wird es im Juni 2021 zu ersten Gerichtsverfahren kommen.

7. Vor allem in Berlin wird zudem ermittelt, in welchem Ausmass Extremisten auf Basis falscher Angaben ungerechtfertigt Soforthilfen erhalten haben. Laut Staatsanwaltschaft wurden mehr als 50 Verfahren gegen Islamisten und Moscheevereine eingeleitet. „Hier sind Anklagen zu erwarten“, heisst es von der Behörde. Gibt es auch in Basel Hinweise, dass Islamisten und Moscheevereine Geld bezogen haben, dass ihnen gar nicht zusteht?

Nein

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans  
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin